

# Menschenwürdiges Leben in Zeiten unwürdiger Gesetze

Der Wert des Menschen in unserer Gesellschaft sinkt stetig. Die Billigung der Präimplantationsdiagnostik durch den Bundestag 2011 und die gerade erfolgte Markteinführung eines Bluttests zur Frühentdeckung der Trisomie 21 (Down-Syndrom) beim vorgeburtlichen Kind sind Zeichen einer bedenklichen Entwicklung in Richtung Menschenfeindlichkeit.

Auf vielfältige Weise wird in unseren „modernen“ Staaten versucht, Menschen mit Behinderungen und Krankheiten bereits vor der Geburt auszusortieren und zu töten. Gleichzeitig ist der Begriff Inklusion in aller Munde, die Einbindung ebensolcher Menschen als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft, was von der Politik angeblich gewollt und gefördert wird. Die aktuellen politischen Entscheidungen haben diesen Widerspruch nicht nur nicht aufgelöst, sondern weiter vertieft: Großzügige Förderungsabsicht bei geborenen Menschen mit Behinderung, mit finanziellen Zuschüssen, ebenso großzügig bedachte Selektionsabsicht bei noch nicht geborenen.

Es ist ethisch nicht vertretbar, nur erwünschte und geplante Menschen mit bestimmten Merkmalen und Eigenschaften auf die Welt kommen zu lassen. Es verstößt gegen unser Grundgesetz, Tests und Methoden zu entwickeln, deren offensichtliches Ziel die Beseitigung von nicht in bestimmte Kategorien passenden Menschen ist. Wir fordern, die vorgeburtliche Diagnostik für diejenigen Zwecke einzusetzen, für die sie ursprünglich eingeführt wurde: die bestmögliche Versorgung der Mutter und des Kindes, das Erkennen und die möglichst frühe Therapie von Krankheiten. Alles, was nicht diesen Grundsätzen dient, sondern zum Aussondern von Menschen führt, kann nicht Bestandteil einer Gesellschaft sein, die sich als zivilisiert und human bezeichnet. Politische Entscheidungen, die den Boden der grundlegenden, vorbehaltlosen Menschenwürde verlassen, können und müssen revidiert werden.

